Nummer 254 — 25. Jahrgang

3mal wöch. Bezugspreis für Oktbr. 3.00 M einschl. Bestellgeld. Anzeigenpreise: Die 1gesp. Petitzeile 80 ₰, Stellengesuche 20 ₰. Die Petitreklamezeile, 89 Millimeter breit, 1 M. Offertengebühren für Selbstabholer 20 ₰, bei Uebersendung durch die Post außerdem Portozuschlag. Einzel-Nr. 10 ₰, Sonntags-Nr 15 ₰. Geschäftlicher Teil: J. Hillebrand in Dresden

Sächsische Volkszeitung

Donnerstag, 14. Oktober 1926

Im Falle höherer Gewalt erlischt jede Verpflichtung auf Lieferung sowie Erfüllung v. Anzeigenaufträgen u. Leistung v. Schadenersatz. Für undeutl. u. d. Fernruf übermitt. Anzeigen übernehmen wir keine Verantwortung. Unverlangt eingesandte u. m. Rückporto nicht versehene Manuskripte werd. nicht aufbewahrt. Sprechstunde der Redaktion 2—3 Uhr nachmittags. Hauptschriftleit.: Dr. Joseph Albert, Dresden.

Musikinstrumente aller Art sowie Zubehör und Reparaturen bei Lorenz Dresden-A. Lüttichaustr. 6

Reichsarbeitsminister Brauns spricht zur sächsischen Landtagswahl
Donnerstag, den 14. Oktober, abends 8 Uhr im Saale des Zoologischen Gartens

Dresdner Fischhallen A.-G. Webergasse 17 v. Altm. a. l. Seite Fernruf 21034 29736 13455

Geschäftsstelle, Druck und Verlag: Sachsenverlag Buchdruckerei GmbH., Dresden N. 1, Polierstraße 17. Fernruf 21012. Postscheckkonto: Dresden 14797. Bankkonto: Dresdner Bank, Dresden

Für christliche Politik und Kultur

Redaktion der Sächsischen Volkszeitung Dresden-Altstadt 1, Polierstraße 17. Fernruf 29711 und 21012.

Gewerkschafts-Selbsthilfe – Lohnpolitik – Einkommensverbrauch

Herbstausschußtagung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg

Nürnberg, 13. Oktober. Drahtber.

Auf der Hauptausschußsitzung des Deutschen Gewerkschaftsbundes in Nürnberg sprach heute vormittag zunächst Dr. Jahn über „Produktionssteigerung und Absatzkrise", dann der Verbandsgeschäftsführer Baltrusch über „Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise" und der Generalsekretär Otte, Berlin, über „Gewerkschaftliche Selbsthilfe, Lohnpolitik, Einkommensverwendung."

Nachstehend die Ausführungen des Generalsekretärs Otte:

Die christliche nationale Arbeiterbewegung erwartet nicht vom Staat, daß er dem einzelnen Menschen die Verantwortung für sein Fortkommen und die Aufrechterhaltung seiner Existenz abnimmt. Nach der Auffassung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung muß nach wie vor die Selbsthilfe sowohl des Einzelnen wie des Berufsstandes die erste Stelle einnehmen. Diese Haltung steht nicht im Widerspruch mit der Forderung, daß der Staat die Pflicht hat, den sozial am meisten Bedrängten und Hilfebedürftigsten beizustehen. Aus diesem Gesichtspunkte heraus wehren wir uns dagegen, daß vom Staat als einer Versorgungsanstalt, „die Millionen von Menschen der Verpflichtung enthebt, für sich und ihre Familien zu sorgen", geredet wird. In Wirklichkeit ist es so, daß der Staat sittliche Verpflichtungen der Wirtschaft übernimmt, die zu übernehmen die weitaus größte Mehrzahl der Arbeitgeber sich bis jetzt immer noch geweigert hat.

Die bisherige durch technische Vervollkommnung und Rationalisierung der Betriebe erzielte höhere Produktivität, verbunden mit einer Verringerung der Produktionskosten ist den Arbeitnehmern in Form von höheren Löhnen nicht entsprechend zugute gekommen. Statt berechtigter Vorteile haben viele Arbeitnehmer die Schattenseite dieser Entwicklung durch Erwerbslosigkeit und durch die Abschiebung vieler Arbeitskräfte im vorgerückten Alter aus dem Erwerbsleben erfahren. Die Umbildung der Wirtschaft entbehrt aber der sinnvollen und segensreichen Höherführung des Gemeinschaftslebens, wenn sie sich auf Kosten der breiten Schichten des Volkes vollzieht. Das war bisher überwiegend der Fall. Eine wohlverstandene Rationalisierung muß, wenn ihr Sinn nicht ins Gegenteil verkehrt und ihre Wirkung nicht zum Fluch werden soll, erhöhte Einkommen und verbilligte Preise für die Masse des Volkes bringen. Beides ist in angemessenem Verhältnis möglich. Die Löhne stehen in gar keinem Vergleich mehr zu den gestiegenen Produktionsziffern und Leistungen.

Nach wie vor zeigt sich ein starker Widerstand im Arbeitgeberlager nicht nur gegen Lohnerhöhungen an sich, sondern auch gegen Lohnbindungen durch Tarifverträge und Gewerkschaften. Solange das der Fall ist, haben die schönen Reden auf offiziellen Tagungen der Industrie über die Verständigung mit der Arbeitnehmerschaft nicht den Wert, den wir ihnen wünschen möchten. Wenn die „werksgemeinschaftlichen Gebilde" von wesentlichen Teilen der Arbeitgeber unterstützt werden, um den Selbsthilfegedanken der Arbeitnehmer niederzuringen, wenn verschiedentlich Anweisung ergeht, Lohnforderungen der Gewerkschaften durch Anträge auf Lohnherabsetzungen zuvorzukommen, wenn Abdingbarkeit der Tarifverträge propagiert wird, dann zeigt das alles, daß die Arbeitnehmerschaft sich eine bessere Position noch schwer erkämpfen muß.

Während die Rationalisierungsbestrebungen nach unten in der Arbeitnehmerschaft sich durch Entlassungen geradezu rücksichtslos auswirken, scheinen sie nach oben die Inflation noch nicht beseitigt zu haben. Die Zahl der Arbeiter, der unteren Angestellten und Beamten verringert sich, während die Zahl der Direktoren und höheren Betriebsbeamten gegenüber früher zugenommen hat.

Das Realeinkommen der breiten Masse der Arbeitnehmer liegt zu tief. Weil eine Verständigung mit den Arbeitgebern nach den bisherigen Erfahrungen nur schlecht zu erreichen ist, müssen sich die Gewerkschaften mit allem Nachdruck gegen das Verlangen auf Abbau bezw. Wegfall der amtlichen Schlichtungsstellen wenden. Die staatlichen und öffentlichen Betriebe sollen mit gutem Beispiel in der Lohn- und Tarifvertragspolitik vorangehen.

Die Schwierigkeiten der Lohn- und Tarifpolitik liegen mehr in der Schwierigkeit der Anpassung an die durch die Rationalisierung sehr stark der Veränderung unterworfenen Arbeitsvorgänge und mechanischen Arbeitsverrichtungen. Diese Entwicklung verändert stark die Grundlagen der Akkordentlöhnung, verschiebt andererseits auch das Verhältnis zwischen Facharbeitern und angelernten Arbeitern. Trotz dieser Schwierigkeiten wird sich aber eine Verständigung in der Lohnfrage finden lassen, wenn man sich unter Zubilligung gegenseitiger Gleichberechtigung zusammensetzt, und wenn man arbeitgeberseits mehr von dem noch stark vorherrschenden Gedanken abkommt, daß der Nutzen der Rationalisierung dem Arbeitgeber allein zugute kommen muß.

Die Rationalisierungsbestrebungen bringen auch eine Reihe von sozialen Gefahren mit sich. Die z. B., daß die älteren Arbeiter und Angestellten in großer Zahl arbeitslos werden. Die Frage einer besseren Sicherung der Existenz der älteren Arbeitnehmer wird dadurch immer brennender. Eine weitere mit der Rationalisierung und Industriekonzentrierung ebenfalls zusammenhängende Gefahr liegt darin, daß man nicht nur die gewerbliche Ausbildung der Jugendlichen, sondern auch Spiel und Sport und psychotechnische Eignungsbegutachtung mehr in die Betriebe zu verlegen sucht. Die Arbeitnehmer sind hier von einer gleichberechtigten Mitwirkung zumeist völlig ausgeschaltet. Sie wehren sich mit Recht dagegen, „einem einseitigen Begutachtungsverfahren ausgesetzt zu werden". Für die in starkem Maße erwerbslosen Jugendlichen sind Mittel zur Ausbildung von staatswegen zur Verfügung zu stellen. Die mangelhafte Erwerbslosenfürsorge läßt von neuem und verstärkt die Forderung nach alsbaldiger Schaffung einer Arbeitslosenversicherung laut werden.

Die mit der Rationalisierung zusammenhängende Beschränkung der Arbeitnehmer auf bestimmte Tätigkeiten und auf wenige Handgriffe hat besondere Bedeutung im Hinblick auf die Frage der Berufsfreude und Qualitätsleistung. Ein öfterer Wechsel des Arbeitsplatzes, insbesondere für die Jugendlichen, erscheint notwendig. Die Gefahren der Betriebsarbeit erhöhen sich ebenfalls mit der Umbildung der Arbeitsvorgänge und der maschinellen Einrichtungen. Es gewinnt damit die Frage des betrieblichen und geistigen Arbeiterschutzes verstärkte Bedeutung. Die Höherspannung der Leistungen führt des weiteren zur Bejahung der Forderung eines angemessenen Urlaubs und einer der Entwicklung angepaßten Arbeitszeit. Das Arbeitsschutzgesetz sollte beschleunigt in einer den vom Deutschen Gewerkschaftsbund geltend gemachten Wünschen entsprechenden Form verabschiedet werden.

Die Gewerkschaften würden ihre bedeutsamen Aufgaben nicht richtig erfüllen, wenn sie nicht neben der Frage der Einkommenserhöhung auch der Einkommensverwendung ihr Augenmerk widmen. Dasselbe gilt für eine gute und zweckdienliche Verwendung der Freizeit. Eine kurze Arbeitszeit an sich und ein möglichst hoher Lohn sind allein noch kein Beweis für einen hohen Kulturstand der Arbeitnehmerschaft. Ohne Zweifel liegt in der Anwendung des von der Arbeitnehmerschaft Errungenen noch viel im argen. Dabei können den Arbeitnehmern größere Vorwürfe als anderen Ständen nicht gemacht werden. Wo in der Arbeitnehmerschaft üble Sitten und Gewohnheiten sich eingeschlichen haben, ist das böse Beispiel zumeist von oben gekommen. Von der Seite des Verbrauchs kann die Arbeitnehmerschaft in starkem Maße auf die Produktion einwirken. Wer wollte leugnen, daß heute der Verbrauch stark irregeleitet ist. Für die Arbeitnehmerschaft muß vermehrt der alte und wahre Satz gelten: Das Notwendigste und das Nützlichste zuerst. Bedürfnisse schädlicher Art, vielfach künstlich hervorgerufen, müssen ausgeschaltet werden. Der „billige Einkauf" muß dem Kauf von Qualitätswaren weichen. Das Beste ist noch immer das Billigste, abgesehen davon, daß sein Konsum auch zur Belebung der Qualitätsproduktion beiträgt. Die Zunahme der Spartätigkeit beweist, daß starke Ansätze in der Gesinnung der Einkommensverwendung vorhanden sind. Durch die eigenen Spareinrichtungen und durch Förderung der mit uns befreundeten Verbraucherbewegung sind wir darauf bedacht, diese Ansätze zu stärken und zu steigern.

Produktionssteigerung und Absatzkrisis

Von Dr. Jahn.

Als die wichtigste Ursache der krisenhaften Zustände der Weltwirtschaft ist der Einfluß der Politik auf das Wirtschaftsleben, wie er sich seit Kriegsbeginn gezeigt hat, anzusehen.

Zur Behebung der Mißstände handelt es sich in erster Linie für Deutschland um die Revision des Dawesplanes und für die übrige Welt um die Bereinigung der internationalen Verschuldung. Daraus ergibt sich dann auch eine internationale Handelspolitik, die den übertriebenen Protektionismus langsam abbaut. Die Revision der falschen Zollpolitik, die besonders durch die Entstehung der neuen Staaten in Europa veranlaßt worden ist, regelt heute unter dem Schlagwort des europäischen Zollvereins. Man braucht nicht zu leugnen, daß die europäische wirtschaftliche Verständigung an sich erstrebenswert ist. Man soll aber nicht denken, daß man überstürzt einen europäischen Zollverein herbeiführen könnte.

Was wir zweitens brauchen, und ganz besonders in Deutschland brauchen, das ist der Unternehmer, der diesen Namen verdient. Die immer größer werdende monopolistische Wirtschaft bringt auch die Gefahr, **daß der Unternehmer verschwindet und der Bureaukrat an seine Stelle tritt.** Wer das geltende Wirtschaftssystem im Grundsatz bejaht, weil es Raum läßt für Initiative und Selbstverantwortung, der muß eine Entwicklung für bedenklich halten, die alles Risiko, das seinem Wesen nach der Unternehmer tragen müßte, auf Abnehmer und Arbeitnehmer abzuwälzen sucht.

Und drittens brauchen wir eine wache, aktive, fest zusammengeschlossene Arbeitnehmerschaft. Man muß sich wundern, daß bei der Verstärkung der Monopoltendenzen in unserem Wirtschaftsleben immer noch so breite Schichten der Arbeitnehmer gleichgültig und lässig die Entwicklung herankommen lassen, daß man trotz dieser Verstärkung der Unternehmerschaft immer noch viel Gewerkschaftsmüdigkeit antrifft.

Die Rationalisierung wird die Produktion von neuem vermehren. Wenn sie Absatz finden soll, dann brauchen wir bei uns und in anderen Ländern Arbeitnehmer, die stets den Willen zur Lohnsteigerung nicht nur haben, sondern auch organisieren. Gewiß kann man nicht mit dauerndem Erfolg durch Machtentfaltung der Gewerkschaften jeden beliebigen Lohn aufrecht erhalten. Der Lohn wird immer von der produktiven Entwicklung des Wirtschaftslebens abhängig sein. Ob aber steigende Produktion sich in steigendes Arbeitseinkommen umsetzt, das hängt im wesentlichen von der Machtentfaltung der Arbeitnehmer und ihrer Verbände ab.

Staatsaufgaben in der Wirtschaftskrise

Von Verbandsgeschäftsführer Baltrusch

Ueber das Thema „Die Aufgaben des Staates in der Wirtschaftskrise" sprach der Geschäftsführer der christlichen Gewerkschaften, J. Baltrusch, M. d. RWR. Er wies auf die Notwendigkeit der Anpassung der deutschen Wirtschaft an die völlig veränderte Struktur der Weltwirtschaft und an die hochentwickelte Technik des mit uns konkurrierenden Auslandes hin. Deutschland habe ein Interesse an der **Stabilisierung der Währungen** der [illegible] ihren wirtschaftlichen Zustand und glauben, durch Valutadumping besondere Geschäfte machen zu können. Die Mithilfe Deutschlands an der Stabilisierung anderer Währungen gegen gewisse Gegenleistungen ist richtig, ebenso auch die Bemühungen, den Dawesplan durch entsprechende Verhandlungen mit den beteiligten Ländern durchführbar zu gestalten. Nach dem Eintritt Deutschlands in den Völkerbund müßten aber auch Bestimmungen und Maßnahmen, die die Souveränitätsrechte des Reiches aufs schärfste einschränken, einer baldigen Revision unterzogen werden. Die rohen Systeme der Ein- und Ausfuhrverbote und der überhöhten Schutzzollmauern müssen abgebaut werden. Hohe Tributzahlungen auf der einen und politische Knebelung und weitgehende wirtschaftliche Ausschaltung Deutschlands vom Welthandel auf der anderen Seite widersprechen sich selbst. Die deutsche Wirtschaft benötigt die schleunige **Wiedereinschaltung in den Weltkapitalismus und -handel.**

Zu den innerwirtschaftlichen Aufgaben des Staates übergehend, wies Baltrusch darauf hin, daß die deutschen Gewerkschaften sich der Notwendigkeit der Rationalisierung trotz der großen Opfer, die den Arbeitern und Angestellten dabei auferlegt werden müssen, nicht verschlossen haben. Das Arbeitsbeschaffungsprogramm der Reichsregierung wird begrüßt, seine beschleunigte Durchführung gefordert. Wo die größte Arbeitsdienstpflicht ist, soll die erste Hilfe kommen. Die Notstandsarbeiten — insbesondere größere Arbeiten — müßten gerade in den Wintermonaten stärker in Angriff genommen werden. Die Bauprojekte sollte man auf eine kürzere Zeit, wie vorgesehen, zusammendrängen. Provinzen und Gemeinden sollten durch Sonderaktionen auch von sich aus eingreifen. Die Massierung von Aufträgen bei Einzelfirmen ist zu vermeiden, die Einhaltung der regulären Arbeitszeit und der tariflichen Entlohnung durchzusetzen. Die langfristigen Erwerbslosen sollten in erster Linie bei der Einstellung berücksichtigt werden.

Die stärkere Förderung des Wohnungsbaues ist der Dreh- und Angelpunkt der ganzen Sache. Wir brauchen ein 10jähriges Wohnungsbauprogramm. Ohne ganz erhebliche Zinssenkung für Hypotheken gibt es keine durchgreifende Wohnungspolitik. Drei Möglichkeiten, das Bauprogramm durchzuführen, ergeben sich: die **Auflage einer Wohnungsanleihe, die schrittweise Erhöhung des Anteils an der Hauszinssteuer für Wohnungszwecke oder eine Mietserhöhung im nächsten Jahre zugunsten des Wohnungsbaues.** Die Finanzierung des Wohnungsbaues sollte in Zukunft die folgende sein: 50 Prozent durch erste und zweite Hypothek, 40 Prozent durch Hauszinssteuerhypothek und 10 Prozent durch Eigenkapital. Die Reichsbahnleitung hätte Veranlassung, auf dem Gebiete der Zins- und Provisionsherabsetzung **bedeutend wirksamer vorzugehen als bisher. Eine erneute Bodenspekulation** müßte durch schleunige Einbringung des neu bearbeiteten Wohnheimstättengesetzes und des Preußischen Städtebaugesetzes **verhindert werden.**

Die von der Rationalisierung erhoffte Verbilligung der Preise und Erhöhung des Lebensniveaus der breiten Volksmassen ist noch immer nicht eingetreten. Die Trusts, Syndikate und Kartelle hatten nach der Entlassung von Tausenden von Arbeitnehmern **nichts Eiligeres zu tun, als die Preise zu erhöhen und die Löhne und Gehälter zu senken.** Wir stehen der Entwick-